

# Ein Albtraum namens Neuwahlen

- ▶ Parteien im Land sind für alle Fälle gerüstet
- ▶ Mitglieder müssten erst noch überzeugt werden
- ▶ Finanzierung der Kandidaten eine offene Frage

VON ULI FRICKER

Während in Berlin schon von Neuwahlen gesprochen wird, stecken die Apparate der Parteien noch in der Vergangenheit. Auf der Homepage der Landes-CDU heißt es: „Thomas Strobl im Führungsteam für Koalitionsverhandlungen.“ Bis in den späten Sonntagabend stimmte diese frohe Botschaft auch. Bis zum Ausscheren der FDP aus den Verhandlungen, als ein übermächtiger Christian Lindner mit wenigen Sätzen Jamaika abräumte, war Strobl einer der Unterhändler in Berlin. Nun ist dieser Satz bereits überholt. Die Landesverbände loten intern schon einmal die Möglichkeit aus, dass es zu Neuwahlen kommt.

Wie sieht es bei einzelnen Kandidaten aus? Thorsten Frei (CDU) beispielsweise fürchtet Neuwahlen nicht. Am 24. September verteidigte er seinen Sitz im Wahlkreis Schwarzwald-Baar-Oberes Kinzigtal mit einem guten Ergebnis. Frei hat keinen Grund, eine neue Abstimmung zu fürchten. Er gibt aber zu bedenken, dass eine Bundestagswahl den Staat etwa 100 Millionen Euro kostet. Dazu kommt der Aufwand für die Landesparteien und vor allem die Bundeszentralen der Parteien. Und der Aufwand, den jeder Kandidat aus eigener Tasche betreibt. Dafür benötigt er Sponsoren, die er für seinen Auftritt gewinnen muss. Der Wahlkampf 2017 kostete ihn „einen hohen fünfstelligen Betrag“, berichtet Frei. Er konnte zahlreiche mittelständische Spender für seine Wahlkasse gewinnen. Im Fall von Neuwahlen müsste er bei den Unternehmen des Kreises erneut anknöpfen – und erklären, warum schon wieder gewählt wird.

Der CDU-Politiker gibt zu bedenken: „Uns fehlt bisher die Erfahrung, wie man so etwas in 60 Tagen auf die Beine stellen kann.“ Dass eine gültige Wahl verworfen und dann frisch gewählt wird, ist erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Das müsste er dem Kreisverband Schwarzwald-Baar, für dessen Vorsitz er heute kandidiert, erst schonend beibringen. Dem CDU-Mann schwant: „Die Begeisterung der Mitglieder für einen neuen Wahlkampf ist bescheiden.“

In einem „Appell an die Verantwortung“ setzen sich 26 Mitglieder der baden-württembergischen Landesgruppe für eine Neuaufgabe der großen Koalition ein. Die CDU-Abgeordneten verweisen auf die fraglosen Erfolge, die von 2013 bis 2017 errungen wurden.

Bei der Landes-SPD gibt man sich unerschüttert. „Wir sind immer in der Lage, einen Wahlkampf zu führen“, sagt Landesgeschäftsführer Marten Jennerjahn. Das gelte auch für die Kassenlage. Da eine Bundestagswahl vor allem aus dem Willy-Brandt-Haus in Berlin finanziert werde, sei der Beitrag des Landesverbandes überschaubar. Wer einen der begehrten Plätze auf der Landesliste erhält, kann Jennerjahn nicht sagen. Da sei es noch weit hin: „Das gehört ins Land der Fantasie.“ Auch seien Neuwahlen eine Möglichkeit, aber keine ausgemachte Sache. „Ich rechne aktuell mit gar nichts“, sagt der Verwaltungschef der SPD mit Sitz in Stuttgart.

Auch die Grünen gehen selbstbewusst ins Rennen. „Die Grünen wollen regieren, im Gegensatz zur FDP“, sagt die Sprecherin der Landespartei, Betti-



„Uns fehlt bisher die Erfahrung, wie man so etwas in 60 Tagen auf die Beine stellen kann.“

**Thorsten Frei**, Bundestagsabgeordneter (CDU), über eine plötzliche Neuwahl

na Jehne. Für ihre Partei sind Neuwahlen noch nicht selbstverständlich. Man müsse die Gespräche der Parteien mit dem Bundespräsidenten abwarten sowie das weitere Vorgehen der Bundeskanzlerin. „Ein erneuter Urmengang, das ist doch Konjunktiv hoch acht“, sagt Jehne.

Finanziell ist eine Neuwahl dagegen das kleinste Problem. Der grüne Landesverband komme nur für den kleineren Teil der Kosten auf. Für die Wahl am 24. September hätten rund 120 000 Euro genügt. Etwa dieselbe Summe würden die Grünen in Baden-Württemberg auf den Tisch legen können, wenn es 2018 Neuwahlen geben sollte. Klare Ausunft: „Die Rücklagen sind gut. Es reicht“, sagt Jehne. Dagegen bereite die politische Seite mehr Kopfzerbrechen. Im Fall des Falles müssten erst einmal neue Landeslisten erstellt werden. „Darüber haben wir uns noch keine Gedanken gemacht“, heißt es in Stuttgart. Dafür sei es verfrüht. Man hört auch heraus: Selbst in den Geschäftsstellen der Politik vermag niemand den höheren Sinn einer erneuten Wahl zu erkennen.

Der grüne Kreisverband Schwarzwald-Baar beschreibt die Lage in einem aktuellen Papier so: „Die FDP hat den Vorhang geschlossen und alle Fra-



Noch einmal Wahlkampf, noch einmal Angela Merkel? Wenn in Berlin keine Lösung gefunden wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden, können die Plakatkleber der Parteien bald wieder loslegen. Als möglicher Wahltermin gilt der 22. April 2018. BILD: DPA

gen offengelassen. Nach Baden-Württemberg und Niedersachsen verweigert sich die FDP ein drittes Mal einer Regierungsbildung. Damit hat Verantwortunglosigkeit einen neuen Namen: FDP.“ Die Rücklagen dort sind nur für einen kurzen Wahlkampf ausgelegt. Klaus Pfaehler, Geschäftsstellenleiter des Kreisverbandes, spricht von „ein paar tausend Euro“. Mehr sei nicht in der Kasse. Sein Wunsch: „Die Unterschiede zwischen den Parteien müssen

viel deutlicher als noch im Herbst herausgearbeitet werden.“

Dagegen will die AfD ihre Pläne, wenn sie denn welche hat, nicht offenlegen. „Wir sind für alles gerüstet“, heißt es in der Landeszentrale in Stuttgart, und: „Wir dürfen erst Auskünfte geben, wenn wir zu 100 Prozent wissen, ob es Neuwahlen gibt.“

Guter Dinge und guten Gewissens ist man bei der FDP des Landes. Landesgeschäftsführer Jan Packebusch

glaubt zwar nicht, dass es zu Neuwahlen kommt. Wenn aber doch, „dann sind wir vorbereitet“. Auch das Wahlprogramm stehe. Man werde kein neues vorbereiten, sagt er dieser Zeitung.

Packebusch geht von einer „kleinen Wahl“ aus, wenn überhaupt. Im Herbst 2017 habe der Landesverband der Liberalen 125 000 Euro beigesteuert. Das könne man auch 2018 mobilisieren, wenn es die Umstände verlangen.



SPD-Kandidat Jens Löw geknickt, CDU-Mann Thorsten Frei verblasst: Wahlplakate



Maximilian Schrupf, FDP-Helfer im Wahlkreis Konstanz, hat die Plakate vom Septemberende September bei Villingen. BILD: TRIPPL



Winfried Kropp, Wahlkampfmanager der SPD im Wahlkreis Konstanz, ist von Neuwahlen nicht begeistert. BILD: BRAUN